

Gehört einmal wöchentlich mit Illustrierten, Ortsnotiz und Welt und der Kinderzeitung „Für unterfreie Freude“, sowie den Zeitungen „Unterhaltung und Wissen“, „Die praktische Hausfrau“, „Das gute Buch“, „Wissenschaftliches Wörterbuch“.
Ausgabe A mit 12 Seiten-Mitteil. 40 Pf.
Ausgabe B ohne 12. Seite-Mitteil. 20 Pf.
Ringnummer 10 4 Sonnabend u. Sonntagnummer 20 4.
Haupthälfte: Dr. G. Deetz, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Verlagsstelle, Druck und Verlag: Hermann
Gebhardts Verlagsgesellschaft, 1. Vollertstr. 12,
Dresden 2102. Postdirektion Dresden 1025. Bank
amt Städtebank Dresden Nr. 94761.

Für christliche Politik und Kultur

Ausgabe A

Sonnabend, den 1. Oktober 1932

Verlagsort: Dresden
Umschlagspreise: Die herbeilene preisliste 30 4. Sammlungen u. Stempelgrüne 20 4. Die preisnehmen 20 mm breit, 1 M. über Ausgaben außerhalb des Verbreitungsbereichs eins 40 4. die Postkartenpreise 1.10 M. Briefe 30 4. Das Rote Kreuz erhält eine Spende über die Veröffentlichung auf Rechnung sowie Bezahlung u. Auslagen - Nutzungen u. Verleihung u. Schadenstropf. Reichstagswahl Teil. 6. Wintet. Dresden.

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden-Mitte 1. Vollertstrasse 12, Dresden 2012

Bermittlungsversuche in Genf „Times“ fordert Initiative der englischen Regierung in der Gleichberechtigungsfrage

Greift Macdonald ein?

wb London, 30. September.

Times sagt in einem Beitrag: Die Abrüstungskonferenz ist von einem völligen Zusammenbruch bedroht, wenn das bringende Problem der Rechtsgleichheit nicht gelöst werden kann. In der Frage des deutschen Anspruchs auf Gleichberechtigung kann der britischen Regierung bislang nicht das Kompliment gemacht werden, daß ihre Politik einheitlich oder klar gewesen ist. Der deutsche Kabinett sollte dem neuen Ministerium Macdonald die Möglichkeit geben,

eine Politik zu formulieren, die die Verminderung der Rüstungen fördert, den Grundriss ihrer Begrenzung sicherstellt und einen Mittelweg zwischen den auseinandergehenden Ansichten Frankreichs und Deutschlands zeigt.

Times führt weiter aus, für sogenannte Geheimverhandlungen Deutschland's, die auf einer direkten Umsetzung von Teil 5 des Versailler Vertrages beruheten, scheint es um Beweismaterial vorzugehen. Einige der französischen Erklärungen seien übertrieben. Wenn z. B. 140 000 Polizisten als Reserve 1. Klafe umgestellt würden, so wäre dabei vorausgekehrt, daß das Land im Kriegsfalle von Polizei entblößt werden könnte. Überdies habe ja jedes Land eine Polizeitruppe, die als Reserve gerednet werden könnte. Aber ganz abgesehen von der Rüstflüche, die Wehrmacht besteht jedenfalls nebenmäßig die Kriegsmärsche nicht, die allein einer modernen Armee wirkliche Offensivkraft geben.

In England geht die Meinung überwiegend dahin, daß es unmöglich ist, ein großes Land dauernd in einer untergeordneten Rechtsstellung zu halten.

Überdies müsse der Tatsache freimütig Rücksicht getragen werden, daß die Vertragsschreiber offenbar beabsichtigt hatten, daß eine Art von Abänderung an den Einschränkungen und Verbots der Friedensverträge vorgenommen werden sollte. Deutschlands Argument in der Gleichberechtigungsforderung sei somit im wesentlichen gut und es sei eine dringende Angelegenheit zu entscheiden, auf welche Weise und bis zu welchem Grade ihm entsprochen werden könne, ohne die Sache der Abrüstung zu schädigen.

Times bemerkt weiter, die britische Pressezeitung zeige die Bereitschaft, Teile des Verfaßter Vertrages durch eine neue Konvention zu ersetzen.

Die Hauptschwierigkeit liegt bei Frankreich.

Zum Schluß sagt das Blatt: Die nächstliegende Aufgabe der britischen Regierung ist, darüber zu entscheiden, was von den deut-

schen Forderungen zugestanden werden könnte, ohne die Verminderung der Rüstungen zu hemmen, und welche Voraussetzung gemacht werden könnten, um die deutschen Delegierten an den Konferenztagen zuzuladen. Der Vorschlag nach gleichzeitiger Annahme durch Frankreich davon zu überzeugen, daß zwischen zwei Wegen gewählt werden müsse, nämlich zwischen einer jetzt vorzunehmenden kontrollierten Begrenzung der Rüstungen, die verbunden ist mit gewissen Zusicherungen an die berechtigten deutschen Forderungen und einem unregelten Weltfrieden.

Henderson will vermitteln

wb Paris, 30. September.

Die Agence Havas will im nächsten Genfer Treffen ergebnisse haben, daß der Präsident der Abrüstungskonferenz wiederum vor seiner Arbeit nach Frankreich reise. Ein Mitglied des Büros der Abrüstungskonferenz den Kontakt einer Erfüllung habe machen lassen, die er bei Biedermaier am 10. Oktober abzugeben habe. Jährige, falls man sich bis dahin auf einen gemeinsamen Wortlaut geeinigt habe. Diese Anregung bezwecke, so heißt es in der Zusatzmeldung weiter,

den deutschen Vertretern die Beteiligung an den Arbeiten der Abrüstungskonferenz zu ermöglichen.

Henderson lege in seiner Erklärung dem Abkommenentwurf folgende drei Grundsätze zugrunde.

1. Deutschland darf nicht ausgeschlossen.
2. Die übrigen Länder gerüsteten Mächte müssen eine Harmonisierung ihrer Rüstungen vornehmen.
3. Die Gleichberechtigung in der Rüstungskonferenz werde formal allen vertragshindernenden Mächten zugesetzt.

Dieser Plan soll, wie der Havasberichtsteller zu berichten weiß, die Zustimmung des englischen Außenministers gefunden haben, er steht dagegen bei gewissen interessierten Delegationen auf zahlreiche Einwendungen.

Herriot reist Samstag ab

wb Paris, 30. September.

Nach Meldungen aus Genf wird Ministerpräsident Herriot morgen Genf verlassen, um erst wieder zu der am 10. Oktober anberaumten Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz dorthin zurückzukehren.

Einsparung preußischer Ministerien

Kündigung von Staatsangehörigen zum 1. April 1934

Bereinigung mit Reichsministerien

bd. Berlin, 30. September.

Wie das Nachrichtenbüro des BDZ meldet, ist im preußischen Wohlfahrtsministerium, im preußischen Landwirtschafts- und im preußischen Handelsministerium sämtlichen Staatsangehörigen seit zum 1. April 1934 ge- kündigt worden. Die Maßnahme wird zwar nur als vorläufige Kündigung bezeichnet. Es informierten Kreisen wird jedoch dem Nachrichtenbüro erklärt, daß dieses Vorgehen mit den geplanten Verwaltungsreformen in den zentralen oberen Ämtern zusammenhängt. Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man annimmt,

dass in den preußischen Staatsministerien die von den Referenten für die Verwaltungsreform schon seit längerer Zeit angeregte Zusammenfassung nunmehr durch die Beseitigung einiger preußischer Ministerien in die Praxis überführt werden soll.

Dabei wäre z. B. heranzuhören, daß bisher sowohl in der Landwirtschaftsverwaltung als auch in der Handelsverwaltung noch bestimmte Fachämter realisiert werden. Nach der Neuordnung dürften sämtliche Staatsämter im Kultusministerium zusammengeführt werden.

Weiter wird man wahrscheinlich darauf abzielen, bestimmte preußische Ministerialaufgaben auf die vorhandenen Reichsministerien überzutreten, was vor allem bei der Landwirtschaft und vielleicht auch bei der Volkswirtschaft in Frage kommen soll. Es wird die Zahl der preußischen Ministerien auf diese Weise von bisher 7 — außer dem Ministerpräsidenten — auf höchstwahrscheinlich vier herabgesetzt, während man sicher als Ziel der Verwaltungsreform

für die restlichen preußischen Ministerien eine Personalunion mit dem Reich

erstrebt. Die Einzelheiten der geplanten Neuordnung müssen vorläufig noch mit Voricht betrachtet werden.

Senkung der Steuerzinsen

Berlin, 30. September.

Der Reichsminister der Finanzen hat eine Verordnung zur Senkung der Steuerzinsen erlassen. Durch die Verordnung werden für die Zeit vom 1. Oktober 1932 an die Aufschubzinsen und die Stundungszinsen gekennzeichnet. Bei den Aufschubzinsen, die bei Zöllen und bei der Umsatzsteuer erhoben werden, wird der Zinsfuß von bisher 5 v. H. auf 3 v. H. jährlich herabgesetzt. Für die Stundungszinsen, die bisher auf 5—8 v. H. beliefen, wird der Zinsfuß auf 3 v. H. jährlich herabgesetzt.

Ausgabe A

Sonnabend, den 1. Oktober 1932

Verlagsort: Dresden
Umschlagspreise: Die herbeilene preisliste 30 4. Sammlungen u. Stempelgrüne 20 4. Die preisnehmen 20 mm breit, 1 M. über Ausgaben außerhalb des Verbreitungsbereichs eins 40 4. die Postkartenpreise 1.10 M. Briefe 30 4. Das Rote Kreuz erhält eine Spende über die Veröffentlichung auf Rechnung sowie Bezahlung u. Auslagen - Nutzungen u. Verleihung u. Schadenstropf. Reichstagswahl Teil. 6. Wintet. Dresden.

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden-Mitte 1. Vollertstrasse 12, Dresden 2012

Ohne Deutschland

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

W. H. Es gehört schon etwas dazu, in diesen schlechten Zeiten mit sich und der Welt zufrieden zu sein. Herrlot ist dieser Glückliche. Er zeigt sich recht zufrieden mit den großen Leistungen jener einzigartigen Genfer Organisation, die sich „Völkerbund“ nennt, und will nichts von dem eisigen Wind des Pessimismus wissen, der aus der Genfer Eröffnungsrede des Böters boste. Was der Völkerbund bisher für die Abrüstung, für die Friedenssicherung, für die Minderheiten getan hat, findet Herrlot voll Zufriedenheit. Jetzt weiß man also endlich, wofür dieser Bund zwölf Jahre lang existiert und gearbeitet hat! In einem Augenblick, wo sich große Mächte die Arme vorlegen, ob ein Verbleiben in Genf noch einen Zweck hat, posiert Herrlot in Genf als Stimmungsträger vor lächerlich gelaunte Konferenzbummler. Er hütete sich peinlich, die gute Stimmung zu gefährden und geht auf die deutsch-französische Verhältnisse abseits, wie er ist, nicht ein. Er hatte dies den Deutschen sogar vorher sagen lassen. Also er verläßt triumphierend, daß der Völkerbund die Weltkreise durch Konferenzen bekämpft, daß jeden Tag im Völkerbundshaus neue Beitreterklärungen eingehen und dann — man höre und staune — daß die Geheimdiplomatie und die Politik der Allianzen durch den Völkerbund bestätigt seien. Eine kleine Rede, um die der „Magier Briand“ seinen gefährlichen Schüler beneidet hätte.

Deutschlands Antwort an Herrlot gestaltete sich damit von selbst. Sie wurde die große Anklerede, in welcher der Sprecher des deutschen 60-Millionen-Volkes vor dem in Genf noch immer gespannten Ohr der Welt der Politik Frankreichs und seiner Verbündeten jene ungähnlichen Tätilen vorwarf, mit deren Hilfe man aus einer Gesellschaft der Nationen, aus einer Einrichtung gleichberechtigter Völker zur Schaffung eines wahren Friedens und ethischen Ausgleichs ein Machinstrument zur Sicherung der Erinnerungen der Sieger des Jahres 1919 gemacht hat. Sie antwortete gleichzeitig auf Herrlots vorher und viel schlimmere Sonntagsrede, auf die französische Deutschtum und auf jene englische Note, welche völlig den Stempel eines frankophilen Geistes trug. Diese Rede war mühvoll in der Form, rücksichtslos scharrt in der Sache, und sie stellte mit der Frage nach der Gleichberechtigung dieser schönen Genfer Einrichtung überhaupt. Diese Rede war das Ereignis des Tages, hinter der alle Besänftigungsversuche der Dämmern zu zerstrahlen. — Ist diese Rede gehalten worden? Nein! Warum nicht? Fehlte es der Regierung an Mut zu einem solchen Schritt? Nach den bisherigen Erfahrungen können wir das nicht gut glauben. Fehlte es der Regierung an einem Sprecher für diese Rede? Die Regierung hat dem deutschen Volke am Mikrofon viele Redeproben vorgetragen. Vielleicht ist diese Rede nicht gehalten worden, weil sie nicht gehalten werden konnte, weil es dieser schicken Regierung an der notwendigen subtilen Überzeugungsmittel, an der Dämonie äußerpolitischen Friedenswillens fehlt, der die Potanzierung zur Wirkung einer solchen Aktion ist? Wir Deutschen waren bisher eigentlich immer Stümper der Genfer Regie und der Genfer Psychologien und oratorischen Wirkungen, von Stresemann bis zu Brünning. Aber noch nie in dieser Mangel so fröh und so verhängnisvoll zugegetreten.

Wir haben Aloisii die Antwort überlassen. Dem Vertreter eines Landes, von dem unsere Nationalisten immer Wunder an Energie und Deutschtumlichkeit erwartet haben, und das seinen Vertreter doch nicht mehr sagen ließ als den Sprecher des kleinen irischen Freistaates. Es redete ferner Nord Cecil, der Mann mit dem blauen

Heute
Beginn unseres neuen Romans

Das Kreuz des Ritter Anruh